



Bundesministerium  
Verfassung, Reformen,  
Deregulierung und Justiz

Rathaus  
1082 Wien  
Telefon: +43 1 4000 82371  
Fax: +43 1 4000 99 82310  
post@md-r.wien.gv.at  
wien.gv.at

MDR - 590969-2019-11  
Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem das Strafgesetzbuch zur  
Umsetzung der Richtlinie über die  
strafrechtliche Bekämpfung von gegen  
die finanziellen Interessen der Union  
gerichtetem Betrug geändert wird;  
Begutachtung;  
Stellungnahme  
zu BMVRDJ-S884.020/0001-IV 1/2019

Wien, 21. August 2019

Zu dem mit Schreiben vom 3. Juli 2019 übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes wird wie folgt  
Stellung genommen:

Das Amt der Wiener Landesregierung teilt zu dem im Betreff genannten und mit Schreiben vom  
3. Juli 2019 übermittelten Gesetzentwurf mit, dass gegen diesen keine Einwände bestehen. Es wer-  
den jedoch die nachfolgenden legistischen Klarstellungen angeregt:

**Zu Z 2 (§ 74 Abs. 1 Z 4b StGB) des Entwurfs:**

Im neuen § 74 Abs. 1 Z 4b StGB wird der Begriff „Unionsbeamter“ definiert, in der vorvorletzten Zeile  
wird aber wieder der alte Begriff „Gemeinschaftsbeamter“ verwendet. Es wird angeregt zu prüfen, ob  
dies beabsichtigt ist.

**Zu Z 3 (§ 168c StGB) des Entwurfs:**

In § 168c Abs. 1 Z 1 StGB erscheint das Wort „Mittel“ nach der Wortgruppe „[...] oder unvollständiger  
Erklärungen oder Unterlagen“ überflüssig.

Für den Landesamtsdirektor:

Mag.<sup>a</sup> Regina Mertz-Koller

Ergeht an:

1. Präsidium des Nationalrates
2. alle Ämter der Landesregierungen
3. Verbindungsstelle der Bundesländer
4. MA 62, MA 62-I/595964/2019  
mit dem Ersuchen um Weiteleitung  
an die einbezogenen Dienststellen



Dieses Dokument wurde amtssigniert.

Information zur Prüfung des elektronischen Siegels  
bzw. der elektronischen Signatur finden Sie unter:  
<https://www.wien.gv.at/amtssignatur>